

Der Milliardär Dr. Reinfried Pohl und sein Unternehmen die Deutsche Vermögensberatung AG (DVAG) investierten und investieren in Marburg Millionenbeträge. Neu ist eine direkte Spende des Milliardärs an die Stadt Marburg in Höhe von vier Millionen Euro. Hierzu erklärt Henning Köster, Vorsitzender der Fraktion Marburger Linke in der StVV der Universitätsstadt Marburg:

Keine Frage des Stils

Kommunale Selbstverwaltung bedroht - demokratische Regeln verletzt

Es ist keine Frage des persönlichen Stils, wie OB Vaupel mit den Investitionswünschen und der direkten Spende des Dr. Pohl umgeht. Das Verhalten des OB berührt die Grundlagen der kommunalen Selbstverwaltung und grundsätzliche, demokratische Regeln.

OB Vaupel muss der Öffentlichkeit zwei Fragen beantworten:

- 1) Sollen in Zukunft die Entscheidungen über Grundsätze der Stadtentwicklung und kommunale Investitionen wieder in der StVV oder in den Gremien der DVAG fallen?
- 2) Wessen Sachwalter will der OB künftig sein?

Mit der Spende für die Verwirklichung einer Zahnradbahn zum Schloss bekommt der Einfluss von Dr. Pohl auf die Marburger Kommunalpolitik eine völlig neue Dimension. Die brutale Umgestaltung des Nordviertels mit der Zerstörung von preiswertem Wohnraum und des denkmalgeschützten Hauses in der Rosenstraße 9 wurde von den Gremien der Stadt in völliger Kenntnis der Interessenlagen beschlossen, ebenso wie peinliche Huldigungen, Namensgebungen und das Aussetzen von Rechtschreibregeln.

Bei der Zahnradbahn sieht dies völlig anders aus. Während die Stadtverordneten noch intensiv den Haushalt beraten, präsentiert OB Vaupel der Öffentlichkeit Anfang Dezember die Idee. Wenige Tage später geht eine Spende über vier Millionen Euro bei der Stadtkasse ein. Der Spender will nicht genannt werden. Der Verwendungszweck ist unbestimmt. Der OB unterrichtet die Stadtverordneten nicht über seinen Kenntnisstand.

Dies ist der eigentliche Skandal: OB Vaupel führt Geheimgespräche mit dem reichen Bürger über die mögliche Finanzierung eines Millionenprojektes, das die Marburger_innen - im Gegensatz zum Beispiel zum Neubau einer Sporthalle – eher am Rande interessiert. Das Haushaltsrecht, das ausschließliche Recht der Stadtverordneten über die Verwendung der städtischen Einnahmen zu beschließen, wird auf diese Weise ausgehebelt.

OB Vaupel wird sich entscheiden müssen, mit wem und für wen er Politik machen will. Mit und für die ganz privaten Obsessionen eines Milliardärs oder für das Wohl der Stadt, deren Bewohner_innen mehr Busse, eine neue Sporthalle, Lärmschutz an der Stadtautobahn oder mehr Erzieher_innen in den Kindertagesstätten benötigen. Für letzteres hat er ein Mandat – das andere bedient das Klischee der Käuflichkeit von Politik.

Es ist an der Zeit, dass der Sozialdemokrat Egon Vaupel sich aus der peinlichen und würdelosen Umklammerung des DVAG-Chefs löst. Egon Vaupel verspielt Vertrauen, beschädigt seine Glaubwürdigkeit und erweist der kommunalen Demokratie einen Bärendienst. Schadenfreude mag darüber nicht aufkommen, denn er beschädigt mit seinem Verhalten auch all diejenigen, die sich in den kommunalen Gremien ehrenamtlich für das Gemeinwohl engagieren.

Die Erschütterungen, die Vaupels Vorgehen in der Koalition oder seiner eigenen Fraktion auslöst, sollen andere kommentieren. Meine Aussage im Sommer, nach den überlangen Koalitionsverhandlungen, wird jedoch bestätigt: „Der Vorrat an menschlichem Vertrauen und inhaltlicher Übereinstimmung ist in der Koalition nach über 15 Jahren offensichtlich aufgebraucht. Bei nächster Gelegenheit wird es wieder krachen.“ Nun ist es so weit.